Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 30 (1934)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland
Autor: Blocher, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-595119

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

So ziemlich jedes Jahr muß ich in dieser Uebersicht feststellen, daß die schweizerische Oeffentlichkeit sich recht wenig mit sprachlichen Dingen beschäftigt. Vielleicht entsteht dadurch das Mißverständnis, als ob im Auslande die Sache anders stünde. Darum sei diesmal gesagt: so ist es nicht gemeint. Um eigentliche sprachliche Dinge kümmert sich auch im deutsch sprechenden Ausland, d. h. im Reiche, die Presse nicht viel, behandelt sie übrigens auch mit wenig Sachkenntnis und Verständnis. Vom Schicksal unsrer Sprache in der Welt, d. h. von sprachpolitischen Angelegenheiten allerdings ist in der reichsdeutschen Presse öfter die Rede als bei uns; das ist aber wieder eine Sache für sich.

Es ist ein gutes Zeichen für unsre Sprachbewegung, daß die Frage nach der Berechtigung des Fremdwortes und der Sprachreinigung nie ganz einschläft. Allen Befürwortern des Gehenlassens zum Trotz zeigt es sich eben immer wieder, daß das Fremdwort ein Fremdkörper ist, der Unbehagen und Unruhe, etwas wie Entzündung, Eiterung, Schmerz, verursacht und zur Ausscheidung drängt. In einer unsrer verbreitetsten Zeitungen, der „N. Z. Z." ist denn auch (29. 8. 34 und 19. 9. 34) in dem der Technik gewidmeten Teile die Fremdwortfrage erörtert worden. Karl Ammon besprach befürwortend die Sprachreinigung, die der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine in Berlin versucht, indem er jede Woche für eine Verdeutschung in der Tagespresse wirbt. Dabei wird ausgegangen von der Tatsache, daß Arbeiter und Angestellte sich die Fremdwörter nicht leicht aneignen und manche Irrtümer begehen. Das Zürcher Blatt gab dann natürlich auch zweien Erwiderungen Raum. Die eine stammt von einem uns wohlbekannten Adolf Frei, der hier auch als Ingenieur mit einem Schein von Recht zum Wort kam und dabei seine gewohnten Halb- und Viertelswahrheiten vorbrachte. Der andere Fremdwortfreund, der sich nur mit Anfangsbuchstaben nennt, wird genügend gekennzeichnet durch

den schönen Satz: „Das mit Maß benützte Fremdwort verleiht der deutschen Umgangssprache eine Brillianz, die ihr sehr wohl ansteht.“ Wirklich? Brillianz — auch wieder solch ein Berliner Wort, vor dem ein Franzose sich schüttelt. Recht geben wir diesem Gegner in einem: in der Ablehnung eines von ihm befürchteten vom deutschen Reiche ausgehenden amtlichen Druckes. Aber von der Regierung des grundsätzlich fremdwortfreundlichen Adolf Hitler, der die berühmte Discriminierung erfunden hat, sind solche Maßnahmen schwerlich zu befürchten. Bei der Gelegenheit sei ausgesprochen: Der Berichterstatter ist erleichtert, daß bis zur Stunde weder das oft in Aussicht gestellte Reichssprachamt noch die ebenfalls angekündigte Erneuerung der deutschen Rechtschreibung Wirklichkeit geworden sind. Zwar ist der bekannte Duden kürzlich in neuer Auflage erschienen; aber er enthält keinerlei erwähnenswerte Neuerungen, und weder das Titelblatt noch die Vorrede weist auch nur mit einem Wort darauf hin, daß die deutsche Sprache wiedergeboren werden solle. Gefreut hat uns, in einem Blatt, das uns früher befehdete, nämlich in der „Thurgauer Zeitung“ (8. 1. 34) unter dem Titel „Schweizerischer Leser, da staunst du“ einen scharfen Aufsatz gegen die Fremdwörtersucht zu finden, und unter der Aufschrift „Der Schofför“ haben die „Glarner Nachrichten“ (30. 1. 34) eine gut aufklärende Plauderei von K. Freuler über Eindeutschung von Fremdwörtern gebracht. (Es ist nicht das erste Mal, daß das Blatt sich sprachlicher Anliegen annimmt.)

Still war es in den letzten Zeiten von den Rechtschreibungsfragen. Sehen wir ab von einer Mitteilung, die der „N. Z. Z.“ (28. 8. 34) „Aus dem Publikum“ zugegangen ist, und die wieder einmal gegen die Schreibung „Züricher“ im Zürcher Schauspielhaus Stellung nimmt und in der beanstandeten Schreibweise eine „Gleichschaltung“ sieht, so hat in Sachen Schreibung niemand das Wort ergriffen als wieder einmal der nachgerade unvermeidliche Adolf Frei, der in der (wieder einmal) „Nationalzeitung“ (7. 3. 34) heftig gegen Duden loszieht. „Der Mann (nämlich der Geheime Rat Dr. Duden) hat offenbar von Fremdsprachen nichts verstanden“, meint Adolf Frei, der sich so oft einen Schnitzer leistet, jetzt z. B. pausbackig und voll Bewunderung verkündet: „Ist kürzlich aus privater Initiative ein Riesenwerk wie das Schw. Idiotikon vollendet worden ...“ (Wir sind am Buchstaben S und freuen uns, wenn wir in 15 oder 20 Jahren mit dem Buchstaben Z durch sind.) Dem Aufsatz gibt er

die Ueberschrift Schweizerische Sprachdummheiten. Dummheiten stehen allerdings drin.

Ueber die unter uns deutschen Schweizern nie zur Ruhe kommende Angelegenheit „Schriftsprache und Mundart" und „Schriftsprache oder Mundart?" finden wir in der „Thurgauer Zeitung (28.4. 34) eine beachtenswerte Darstellung, in der z. B. zu lesen ist:

„In den Kreisen gewisser Politikaster (!) gilt es als unpatriotisch und hochmütig, sich in Versammlungen des Hochdeutschen zu bedienen. Man versucht die Sympathien des Auditoriums von vornherein dadurch zu gewinnen, daß man versichert, man werde nicht deutsch reden, sondern urchiges, heimeliges Schweizerdeutsch, und man erntet damit gewöhnlich bei einem Teil des Publikums einen billigen kleinen Anfangserfolg. Was aber nachher herauskommt, ist weder deutsch noch urchiges, heimeliges Schweizerdeutsch, sondern es ist ein gewöhnlicher Sprachbastard, ein Gegenstück zum sogenannten Großratsdeutsch; man könnte das Gebilde boshafterweise Volksversammlungsdialekt nennen. Es kommen in diesem Produkt sprachlicher Unzucht (!) Sätze folgender Art vor: „Was die interässepolitische Interprätatione vo euserer Resolution beträffe mag, so isch disbezügläch zu sage, daß mir für promptischti Remedur wärde sorge." Gut so! genau die Sprache des reformierten Pfarrkapitels Zürich!

Darüber herrscht unter den vielen schweizerischen Stimmen Einigkeit, daß es sowohl um unser Hochdeutsch, wie um die Mundart, zumal bei deren öffentlichem Gebrauch, schlecht steht. Auseinander gehen die Meinungen aber alsbald, wenn Schlüsse daraus gezogen werden. Und doch haben das schlechte Hochdeutsch und das elende Amts- und Vereinsschweizerdeutsch denselben Ursprung: weil wir die Mundart zu Dingen mißbrauchen, für die sie sich nicht eignet, verderben wir sie, „verchätsche, vermuesle u verwässere mer se," — wie ein Berner Großrat aus dem Berner Großen Rat berichtet, und weil wir die hochdeutsche Sprache aus falsch verstandenem Patriotismus nicht mündlich zu brauchen wagen, kommen wir auch zu keinem saubern Hochdeutsch, „verchätsche, vermuesle u verwässere" wir die Muttersprache in beiderlei Gestalt. Es gibt dagegen nur ein Heilmittel: Das in der Schule mühsam erlernte Hochdeutsch überall da zu brauchen, wo wir es bis vor 20 Jahren gebraucht haben, wo wir Vor-

bereitetes vorbringen, wissenschaftliche oder solche Gegenstände besprechen, die wir vornehmlich aus schriftlichen Darlegungen kennen lernen. Dann bleiben beide sauber und würdig, das Hochdeutsch der öffentlichen Verhandlungen und die Mundart des Privatlebens.

Nicht mit Unrecht, nur allzu selten wird in den letzten Jahren auf eine in unsrer Zeit erschreckend wachsende neue Gefahr für unsere schweizerische Schriftsprache hingewiesen: Die Verderbnis durch liederliche Uebersetzungen. Man lese in unsern besten Zeitungen über dem Strich, was unser Herr Berichterstatter aus Paris schreibt, und unter dem Strich, was Kunst- und Bildungsfexe an Uebersetzungen zu bieten wagen; so ungefähr deutsch ist es schon, aber nicht mehr als ungefähr. Es ist erfreulich, daß die „Thurgauer Zeitung" (13. 10. 34) in scharfer Rüge darauf hinweist, wie auch vom Bundeshaus in Bern gelegentlich ekliges Uebersetzerdeutsch, das kein Deutsch genannt werden kann, ausgeht. Es handelte sich im besondern um den amtlichen Wortlaut der Beileidsdrahtung, die nach dem politischen Mord in Marseille von Bern nach Paris gegangen ist. „Lebhaft bewegt ob der Nachricht von der tragischen Trauer, die Frankreich und die französische Regierung betroffen hat ....". Mit „tragischer Trauer" bedient die Bundeskanzlei die deutsche Presse der Schweiz. „Deuil tragique" ist gut französisch, „tragische Trauer" ist nichts.

Sehen wir uns noch etwas in der welschen Presse um, so begegnen uns hier wieder, wie öfter in den letzten Jahren, Hinweise auf die Notwendigkeit für die welschen Schweizer, mehr und besser deutsch zu lernen. Le Courrier de Genève (14. 8. 34) erhebt eine Forderung, die diese ganze Frage hell beleuchtet: Er verlangt zweijährigen Besuch einer deutschen Schule. Es trifft zu, daß diese Zeit nicht zu lang bemessen ist, aber man sieht auch aus der Forderung, welch große Opfer die Erlernung unsrer Sprache fordert, und man versteht, daß die Opfer für viele zu groß sind. Le Commerçant (Lausanne Juni 1934) verlangt bessere Lehrmittel und mehr Fleiß und macht die sehr lehrreiche Bemerkung, die unsern langjährigen Beobachtungen entspricht: bei der Bewerbung um eine Stelle behaupte jeder, deutsch zu „können", der die Stelle haben möchte, aber sobald der Bewerber oder der Gewählte seine Kenntnisse beweisen soll, werde er kleinlaut und rede davon, daß er vieles vergessen habe, er bedaure, das Geforderte nicht leisten zu können. Kenner der Verhältnisse sagen uns immer wieder, der Erfolg des

deutschen Unterrichtes in den welschen Kantonen lasse deswegen zu wünschen übrig, weil bei Lehrern und Schülern die Lust zur Erlernung des Deutschen gering sei, der Deutschlehrer habe keine angenehme Stellung. Und das hängt unzweifelhaft zusammen mit der ja nunmehr ein halbes Jahrhundert andauernden Hetze gegen alles deutsche Wesen. Wir haben schon lange darauf hingewiesen; man hörte nicht auf uns, sondern legte unsere Warnung vor der Hetze als Hetze aus. Wenn sich die öffentliche Meinung der Schweiz, besonders die Presse, die Verächtlichmachung unsrer Sprache und unsres Volkstums, wie sie sich besonders in den Jahren vor dem Weltkrieg breit machte, einmütig und kraftvoll verbeten und für die Sprache der Volksmehrheit Achtung verlangt hätte, so stünde es heute anders mit diesen Dingen.

Weil in der Vergangenheit zuweilen von Bevorzugung des deutschen Bevölkerungsteils in der Bundesverwaltung geklagt worden ist, so entnehmen wir der Presse (Zofinger Tagblatt vom 14. 4. 34) folgende Ergebnisse einer vom Eidg. Statistischen Amt veranlaßten Zählung. Von 1000 Bundesbeamten waren bei der Zählung 714 deutscher, 211 französischer, 69 italienischer, 6 romanischer Muttersprache. Dem steht gegenüber, daß von 1000 Schweizerbürgern 738 die deutsche, 210 die französische, 40 die italienische, 12 die romanische Sprache sprechen. Die beiden Zahlenreihen stehen nicht im Widerspruch; es wird niemand verlangen, daß die Beamtenschaft bis auf den Tausendstel genau so zusammengesetzt sei wie die Schweizerbürgerschaft. Für den französisch sprechenden Bevölkerungsteil trifft das zu (211 und 210); unsre italienischen Mitbürger sind begünstigt und haben ungefähr so viel mehr Vertreter im Beamtenkörper wie wir und die Räter weniger, als der Bevölkerungszahl entspräche. Das Verhältnis ist nicht ungesund: wir wollen uns nicht beklagen, die Welschen können es nicht, und die Italiener sollen es hübsch bleiben lassen.

Zur Erhaltung und Ausbreitung der rätisch-romanischen Mundarten wird seit einigen Jahren viel getan. Diese Minderheit kämpft gegen das eindringende Deutsche um ihren Bestand unter einzigartigen Verhältnissen, die sich wohl in keinem Lande der Welt wieder finden: sie hat keinen Gegner. Denn es gibt keine deutschen Schweizer, die etwas gegen die Erhaltung der rätischen Sprache einzuwenden hätten. Mehr noch, im

Kampf gegen die Verdeutschung Graubündens stehen die deutschen Schweizer auf der Seite der Romanen. Müßte ich diese eigenartige Erscheinung einem Fremden erklären, so würde ich drei Gründe anführen. Erstens natürlich den, daß wir in der rätischen Sprache, die einer unter 100 Schweizern spricht und die in keinem ausländischen Staat eine Stütze hat, nicht einen uns irgendwie gefährlichen Gegner sehen können (wenn es auch nicht ganz unbedenklich ist, die nationalistische Tobsucht unsrer und der Räter südlicher Nachbarn von der morente italianità der Bündner Romanen reden zu hören). Zweitens die Liebe, ja Vorliebe der Angehörigen der deutschen Sprachfamilie für fremde Sprachen und Volkstümer. Endlich das Wesen der schweizerischen Staatsauffassung, die von Unterdrückung der Minderheiten und vom nationalistischen Mehrheitsdünkel nichts weiß. Selbstverständlich stehen auch wir vom Sprachverein auf diesem gut schweizerischen Boden; auch in unsren Reihen ist keiner, dem nicht die Erhaltung der bündnerischen Heimatsprache als eines Stückes urechten Schweizertums recht und jeder Angriff gegen sie ein Frevel wäre. Daneben halten wir es für nötig, die Einzigartigkeit des deutsch-rätischen Verhältnisses hervorzuheben. Als sozusagen klassischer Ausdruck dieses Verhältnisses mag angeführt sein, daß in einem Bericht des Berner Blattes „Der Bund" (21. 9. 34) über die Ligia Romantscha gesagt ist: „Wie nötig es ist, hier zum Rechten zu sehen, mag ein einziges Beispiel aus dem Engadin zeigen. Während Pontresina früher eine fast ausschließlich romanische Bevölkerung hatte, zählte dieses Fremdenzentrum im Jahr 1933 in den neun Schulklassen 81 deutsche, 32 romanische und 18 italienische Schüler." So spricht der deutsche Schweizer über die drohende Verdeutschschweizerung des Engadins, über die Gefahr, daß er selbst sich in seinem eigenen Vaterlande ausbreiten könnte! Wo in aller Welt hört man sonst derartige Warnrufe einer Mehrheit (oder Minderheit) vor sich selbst? Man denke sich etwa eine polnische Zeitung, die angesichts der Verpolung der Ukraine, oder eine tschechische, die angesichts der Vertschechung Böhmens, oder eine rumänische, die angesichts der Rumänisierung Bessarabiens nötig findet „zum Rechten zu sehen". Doch ich vergesse: in der Schweiz sind solche Dinge in Ordnung, und jeder von uns kann sich denken, wie etwa die Gazette de Lausanne eines Tages die Verwelschung Biels beklagen könnte: On se rend compte qu'il est grand temps de chercher un remède à cet état de choses. Bienne, ville entièrement allemande il y a 50 ans,

ne compte plus aujourd'hui que soixante pour cent d'habitants allemands ...

Bei der Tagung der rätischen Studentenverbindungen in Rhäzüns am 20. Herbstmonat letzthin waren die geistigen Führer der Romanen beisammen. Man beschloß, bei einer Erneuerung der Bundesverfassung zu verlangen, daß die romanische Sprache als vierte Nationalsprache anerkannt werde. (N. Z. Z. 17. 10. 34). Vor uns taucht die unerfreuliche Möglichkeit auf, daß unsre schon heute unübersichtlich dreistöckigen Bundesdrucksachen künftig vierstöckig aussehen werden:

Von	Amtliche Bekanntmachung	Juni
de	Publication officielle	Juin
di	Pubblicazione ufficiale	Giugno
da	Publicaziun officiala	Zercladour

Doch wird uns versichert, die Romanen sähen das Untunliche von 4 Amtssprachen selbst ein, — vielleicht bangt ihnen auch vor der Frage der Bundeskanzlei, welches Romanisch Amtssprache werden solle (zercladour oder zarcladour, fenadour oder fanadour?) — und sie verlangten bloß Anerkennung als Nationalsprache — (mit subvenziuns federalas?) — nicht als Amtssprache. Art. 116 solle also etwa lauten: Das Deutsche, Französische, Italienische und Romanische sind die Nationalsprachen des Bundes. Als offizielle Amtssprachen (offizielle Amtssprachen! so lese ich's im Zeitungsbericht!) werden die deutsche, französische und italienische Sprache gewährleistet." Also sogenannte „moralische" Anerkennung. Man kann fragen, was staatsrechtlich dabei herauskomme. So etwas wie bei der sonderbaren Verfassungsbestimmung: „Das Volk des Kantons Uri bekennt sich in seiner großen Mehrheit zur römisch-katholischen Religion"; das ist kein Rechtssatz und keine Bestimmung, sondern eine statistische Mitteilung, auf die sich kaum jemand je wird berufen können. Dies nebenbei — der Schönheitsfehler des vorgesehenen Art. 116 wird auch nicht schaden, wenn er nicht nützt.

Wie aber der Bund der Romanen arbeitet, zeigt uns die Mitteilung, daß in den letzten Jahren der romanische Unterricht in den Gemeinden Flims, Ems, Almens, Rodels, Pratval, Paspels, Tomils, Trans und Feldis wieder eingeführt worden sei, ob als Unterrichtssprache oder als Unterrichtsfach, ist nicht mitgeteilt. Schon ist auch von der Beschränkung der deutschen Ladenschilder

„auf das Notwendigste" die Rede, denn, so sagt der Bericht im „Bund": „ohne sprachliche Reinheit geht es nicht, ist das Ziel der Spracherhaltung nicht zu erreichen."

Ganz richtig: ohne sprachliche Reinheit geht es nicht. Das meinen wir schon lange; deshalb wirft man uns Purismus und sogar Alldeutschtum vor.

Auf dem amtlichen Wandfahrplan der Bundesbahnen erscheinen 1934 zum ersten Mal romanische Ortsnamenformen — vorerst noch in Klammern. Auch ein Erfolg der rätischen Sprachbewegung! Er entspricht durchaus unsern Grundsätzen; wir sind von jeher für Doppelbenennungen eingetreten und begrüßen es, daß die Bahnverwaltung damit anfängt. Wir werden daraus weitere Folgerungen ziehen, wann die Zeit dafür gekommen sein wird.

Endlich ein Wort über den Kanton Tessin. Seit Jahren wird immer wieder in der italienischen Oeffentlichkeit Klage geführt über die zunehmende Verdeutschung des Kantons Tessin und immer beigefügt, Italien könne das nicht dulden und müßte gegebenenfalls einschreiten. Das eine ist eine Unwahrheit und das andre eine Unverschämtheit. Es ist schon ziemlich selbstverständlich und kaum der Erwähnung wert, daß sich auch in diesem Jahre der unerfreuliche Vorgang wiederholt hat. Aber — diesmal kommt etwas Neues hinzu. Der Trompetenstoß erfolgte diesmal durch das Blatt Popolo d'Italia, das als Leibblatt und Werkzeug des allmächtigen Ministerpräsidenten gilt, und an der Stelle des Zeitungsblattes, an der die von ihm selbst stammenden Beiträge zu stehen pflegen. Darum hat die ganze Schweiz besorgt aufgehorcht. Wahrer ist ja die gewohnte Unwahrheit damit nicht geworden, die Unverschämtheit aber um so bedenklicher, wenn man damit sollte rechnen müssen, daß der Verfasser des Artikels im Popolo d'Italia so heißt, wie wir lieber möchten, daß er nicht heiße.

Der « Popolo d'Italia » schrieb u. a.: „Ein wesentliches Pfand der ewigen Freundschaft zwischen Italien und der Schweiz bildet die Erhaltung der Italianität im Kanton Tessin. Wenn der Kanton Tessin seinen italienischen Charakter einbüßt, und, nehmen wir an, deutsch wird, kann Italien nicht gleichgültig bleiben. Es kann nämlich nicht zugeben, daß, nachdem es sich mit unendlichen Blutopfern vom deutschen Keil befreit hat, der bis nach Ala, eine Stunde von Verona entfernt, reichte, es einen andern Keil in 40 Kilometer Luft-

linie von Mailand vorfindet. Die Gefahr der Germanisierung (intedescamento) wird bejaht und verneint. Abgesehen vom Umfang und der Dringlichkeit der Gefahr besteht kein Zweifel, daß ein Verdeutschungsprozeß des Kantons Tessin im Gange ist, der mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden muß, um blutige und schmerzliche Ueberraschungen zu vermeiden. Der Tessiner Boden wird in wachsendem Umfange Eigentum von Deutschen." Als jüngste Beweise werden aus dem Tessiner Amtsblatt vom 18. und 25. Mai größere Geländeverkäufe im Tessin an ein wohltätiges Institut von Solothurn, ein Handelsunternehmen und von fünf Bauernhäusern an einen Reichsdeutschen zitiert. Zum Schluß wird beigefügt: „Wenn es so weiter geht, kann man voraussehen, wo das hinführt. Indessen wird Italien nicht gleichgültig einer Entwicklung der Dinge zusehen, die es in seiner Sicherheit und seinem Leben bedrohen kann."

Die schweizerische Oeffentlichkeit ist, so viel ich sehen kann, ziemlich einmütig gegen diese fremde Einmischung aufgetreten, wenn auch nicht so kraftvoll, wie man es wünschen könnte. Es ist deutlich gesagt worden, wie wenig die Behauptung von der Verdeutschungsgefahr zutrifft, und daß wir uns nicht vom Auslande vorschreiben lassen, was wir zu tun haben. Immerhin ist es schon unerfreulich, daß immer wieder da und dort durchklingt, wir sollten aber auch ja alles tun, um dem Ausland jeden Vorwand zu nehmen, usw. Das ist ein Kleinmut, der im Ausland zu weitern Versuchen führt, uns unter Druck zu setzen. Die allein richtige Entgegnung wäre diese: und wenn man im Tessin immer mehr deutsch oder englisch oder polnisch sprechen sollte, euch geht das nichts an. Darum müssen wir es bedauern, daß in der N. Z. Z. (vom 11. 8. 1934) gesagt wird:

„Jeder der rund zehntausend im Tessin ansässigen Deutschschweizer, der ganz im tessinischen Volkstum aufgeht und die deutsche mit der italienischen Kultur vertauscht, verzichtet auf ein persönliches Recht, das jedem Schweizer zusteht. Unter andern Umständen wäre dieser Verzicht je nachdem eine Gleichgültigkeit gegen kulturelle Werte, oder eine Charakterlosigkeit. Angesichts der auch von Bundesrat Motta und Staatsrat Celio neuerdings nachdrücklich betonten Notwendigkeit, die Italianität des Kantons Tessin rein zu erhalten, und in Anbetracht des Mißtrauens, mit dem Italien in den letzten Jahrzehnten die unbestreitbare Zunahme der Deutschsprechenden und ihres Einflusses in der italienischen Schweiz verfolgt, wird aber dieser Verzicht zu einer patriotischen Tat."

Solche Anerkennung einer Pflicht zur „Anpassung" wirkt in Italien als Aufmunterung zu weitern Einmischungen. Vollends verwerflich ist es, daß immer noch Schweizer durch übertriebene oder gar falsche Behauptungen von der Zunahme des deutschen Einflusses den italienischen Lügen Vorschub leisten. Das tun nicht nur die bekannten Landesverräter von der Adula; wir lesen auch in der Suisse (2. 4. 1934) über Lugano: „die in dieser gastlichen Stadt vorherrschende Sprache ist das Deutsche", und der uns längst bekannte Neuenburger Professor Alfred Lombard schreibt den Pariser Débats (28. 7. 1934): „in Locarno wird Italienisch nicht mehr gesprochen oder nur noch als ein Dialekt." Das heißt man denn doch geradezu das Ausland gegen die Schweiz aufhetzen.

Wie es um die Bevölkerung, ihre Herkunft und Sprache im Tessin bestellt ist, läßt sich aus der Volkszählung von 1930 von jedermann ersehen. (Angaben nach dem Luzerner Tagblatt 8. 7. 1934):

Einwohnerzahl	159 223
Tessiner	114 675
Andere Schweizer	11 421
Reichsdeutsche	2 114
Reichsitaliener	29 773

Neben diesen 29 773 Italienern machen alle übrigen Ausländer zusammen bloß etwas über 3000 Seelen aus, etwas über ein Zehntel der Italiener, die fast 3 Mal so zahlreich sind als die nichttessinischen Schweizer. Wer kann da allenfalls eine Gefahr für das bodenständige Wesen des Kantons sein?

Die Verhältnisse sind so oft dargestellt, die italienischen Lügen so oft widerlegt worden, daß man sich wundern kann, wenn die Klagen der Italiener immer wieder ertönen. Aber vergessen wir nicht, welches ihr Zweck und ihre Wirkung ist: in Italien selbst soll die Meinung erhalten und gestärkt werden, daß im Kanton Tessin etwas nicht in Ordnung sei, und daß gegebenenfalls Italien einmal dort zum Rechten sehen müsse. Darum ist es ein Irrtum, wenn wir glauben, die Widerlegung der italienischen Behauptungen genüge, um die Gefahr zu beseitigen. Die Ankläger wissen ganz gut, daß ihre Behauptungen unhaltbar sind; aber sie wiederholen sie, um damit Italien und womöglich das ganze politische Europa auf den Tag vorzubereiten, an dem „ritornano all' Italia regioni che ad essa

geograficamente ed etnologicamente appartengono, ma che ne sono ora politicamente divise....., um mit einem Flugblatt der Società Dante Alighieri zu sprechen.

Ausland. Wir haben immer geltend gemacht, daß das Eintreten für die deutsche Sprache weder überhaupt, noch besonders für uns, eine irgendwie politische Angelegenheit sei. Das hindert nicht, daß politische Dinge gelegentlich zur Sprache kommen müssen, wenn über das Schicksal der deutschen Sprache in der Welt berichtet wird. Es ist zurzeit unverkennbar, daß die in allen Ländern der Welt und in allen Schichten der Bevölkerung lebhaft, zum Teil mit Leidenschaft besprochenen Vorgänge, die das Deutsche Reich und Oesterreich, d. h. die beiden größten und wichtigsten Teile des deutschen Sprachgebietes, seit anderthalb Jahren bewegt haben, auf das Schicksal der deutschen Sprache starken Einfluß auszuüben beginnen. Und es ist ebenso unverkennbar, daß dieser Einfluß nachteilig wirkt. Wir Schweizer sind in der glücklichen Lage, diese Nachteile in unserem Lande noch nicht zu fühlen, — immerhin ist zu sagen: der deutsche Name, ja das Wort deutsch, hat eine solche Einbuße an Ansehen erlitten, daß es nachgerade, sogar in der zu sieben Zehnteilen deutschen Schweiz, schwer zu werden beginnt, sich für etwas einzusetzen, was deutsch heißt. Doch, wie gesagt, hat unser Deutschtum wie auch das Oesterreichs noch keine unmittelbare Einbuße erlitten. Man kann sogar deutlich bemerken, daß die Furcht vor dem Deutschen Reiche, die noch im Sommer 1933 manche Gemüter nachteilig beeinflußte, jetzt stark zurückgegangen ist, weil die politische Stellung des Reiches erschüttert ist, und das schadet uns nicht nur im Kampf für unsre Muttersprache, es erleichtert uns diesen Kampf auch in gewissem Sinne. Immerhin, wenn wir das Sprachleben in seiner engen Verbindung mit allem Kulturleben betrachten, so eröffnen sich für die Zukunft keine günstigen Aussichten. Bedenken wir nur, was es heißt: der Einfluß der gesamten reichsdeutschen Tagespresse ist zurzeit außerhalb des Deutschen Reiches gleich Null, weil niemand mehr diese Zeitungen lesen mag, die nur noch Schallplatten einer im Ausland unbeliebten und unverstandenen Regierung sind. Deutschland hat keine Stimme mehr, mit der es zu uns sprechen könnte. Auch die Fachpresse und das wissenschaftliche Schrifttum schlagen großenteils einen im deutschsprechenden Ausland befremdenden Ton an. Das einst so

blühende und wertvolle geistige Zusammenleben der deutschen Völker ist unterbrochen: eine furchtbare Schädigung für uns alle, wenn der Zustand längere Zeit bestehen sollte.

Ein zweiter Umstand, der sich, wenn man die Schicksale deutscher Minderheiten verfolgt, als mißlich erweist, ist, daß Deutschland in Genf nicht mehr mit am Tische sitzt. Gewiß, der Völkerbund hat völlig versagt, so oft eine Minderheitensache zur Beratung stand. Aber die bloße Tatsache, daß gegebenenfalls in Genf die Vertreter der Regierungen über eine ihnen auferlegte Verpflichtung Red und Antwort stehen mußten, hat als Zaum und Zügel gewirkt. Und ganz gewiß ist: wenn Deutschland in Genf mitsprechen könnte, so würde, was jetzt im Memelland geschieht, anders verlaufen. Haben manche Regierungen schon lange deutsche Rechte mißachtet, jetzt hat man sich vollends überall gewöhnt, ohne Mitwirkung und Mitsprache der Vertreter des deutschen Volkes zu handeln. Das sei hier festgestellt, ohne daß ich die gut verständlichen Gründe berühre, die zum Austritt des Reiches aus dem Völkerbund geführt haben.

Noch wichtiger aber ist ein dritter Umstand, der den deutschen Minderheiten und Randvölkern die Stellung in ihrer Umgebung verschlechtert hat: Sie können nicht mehr unbefangen mit dem Kern des deutschen Volkes, mit dem Deutschtum Deutschlands verkehren, geschweige sich an Deutschland anlehnen, seitdem man im Reiche deutsches Wesen und nationalsozialistisches Wesen als gleichbedeutend behandelt und von allen, die sich zum deutschen Wesen bekennen, Anerkennung und Beifall für die Taten der im Reiche herrschenden Partei erwartet. Das liefert wiederum feindseligen Regierungen den willkommenen Vorwand, ihre deutschsprechenden Untertanen als Staatsfeinde zu behandeln. Die Vorgänge in Oesterreich dienen vollends den übelwollenden Regierungen verschiedener Staaten zum Vorwande, den Verkehr mit dem Reiche als gefahrbringend sogleich wie Landesverrat zu verdächtigen; diese Lage macht man sich mancherorts zunutze. Man merkt das an den Berichten, die aus Estland, Lettland und der Tschechei kommen, von dem schon erwähnten Memelland nicht zu reden. Aber auch aus den Ländern, die nicht aus politischen Gründen immer deutschem Wesen feindselig gesinnt sind, kommen bedenkliche Berichte. Rußland, das die deutsche Sprache als erste Fremdsprache gepflegt und das Französische als die Sprache des Zarismus und der alten Gesellschaft verpönt und gänzlich vernachlässigt, in den Schulen sogar als dritte Sprache, hinter das Englische,

zurückgesetzt hatte, führt jetzt diese Sprache in den Schulen wieder ein („Luzerner Neueste Nachrichten" 14. 6. 1934, nach dem Oeuvre), und aus London läßt sich das „Vaterland" (21. 8. 1934) berichten: „In den Schulen Englands ist Deutsch als die erste Fremdsprache überall durch Französisch ersetzt worden, obwohl die englischen Pädagogen sonst immer eine Vorliebe für deutsche Schulführung und Geistesart besaßen."

Eben war von Rußland die Rede, auf dessen vernünftige Sprachenpolitik ich in vergangenen Jahren mehrmals anerkennend zu sprechen gekommen bin. Es sieht jetzt aus, als wollte die Sowjetregierung ein anderes Vorgehen einschlagen. Es wird offenbar: die Minderheitensprachen duldete und pflegte man mehr, um die politischen Lehren des neuen Staates allen Staatsbürgern beizubringen, als aus andern Gründen. Schließlich wird man auch sagen müssen: die Muttersprache zu pflegen bringt keinen Gewinn, wenn die Pflege eigenen Geisteslebens unterbunden wird, und ein Kenner Rußlands hatte nicht Unrecht, wenn er sagte: was hilft es, wenn man mir erlaubt, deutsch zu sprechen, aber verbietet, zu sagen, was ich sagen möchte? Und was hilft mir die Muttersprache, wenn ich den Hungertod sterben muß? Ewald Ammende, der verdiente Führer des Minderheitenkongresses, berichtet in der „N. Z. Z." (14. 9. 1934), daß nach genauen statistischen Angaben im Jahr 1933 gegen 140 000 Rußlanddeutsche verhungert oder durch Regierungsmaßnahmen vernichtet worden sind. Noch zehn Jahre Sowjetparadies, und es gibt über Deutschsprachige in Rußland nichts mehr zu berichten.

Etwas, was erfreulich klingt, wird aus unserer Nachbarschaft berichtet („Alpenzeitung" von Bozen 14. 6. 1934, „Berner Tagblatt" 15. 6. 1934): die italienische Regierung hat durch ein Rundschreiben bestimmt, daß und unter welchen Verhältnissen in Südtirol deutscher Privatunterricht erteilt werden darf. Endlich deutscher Unterricht in Südtirol erlaubt! Vor zehn Jahren hätte das lauten Jubel in allen deutschen Landen hervorgerufen. Bei näherm Zusehen freilich sind die Bedingungen, an die der von Trient ausgehende Erlaß den deutschen Unterricht knüpft, so beschaffen, daß man keinen großen Erfolg davon erhoffen kann: die Teilnahme beschränkt sich auf Schüler italienischer Schulen und darf deren Unterricht nicht beeinträchtigen; die Lehrer müssen italienisches Lehrpatent haben. (Damit sind die ehemaligen österreichischen Lehrer ausgeschlossen.) Der Unterricht darf wöchentlich nur 4 Stunden umfassen. Lehrbücher und Stunden-

plan sind zur Genehmigung vorzulegen. Und so weiter. Eine niedliche Lehrfreiheit! Ob sie besser ist als nichts, wird die Zukunft lehren. Vorläufig streiten sich die Zeitungen des Dritten mit denen Oester-Reichs, ob der Erlaß aus Freundschaft für Hitler oder für Dollfuß ausgegeben worden sei. Hoffentlich keins von beiden.

Voriges Jahr habe ich die Besorgnis ausgesprochen, in der Tschechei möchte der deutschen Sprache bald härter als bisher zugesetzt werden. Jetzt beschweren sich die dortigen Deutschen darüber, daß der deutschen Hochschule in Prag das ihr von jeher gehörende Gebäude (Carolinum geheißen) zwar noch nicht weggenommen, aber doch als Eigentum der tschechischen Hochschule überschrieben worden sei, so daß das Rektorat der Tschechen darüber verfügen könne. Ferner ist, als Sparmaßnahme, die Zahl der deutschen Mittelschulen, die schon 1918 beim Umsturz von 140 auf 70 herabgesetzt wurde, nochmals um 10 gekürzt worden. Ebenfalls wird beklagt, daß die deutschen Ortsnamen für den Drahtverkehr des Auslandes mit dem Tschechenstaat künftig nicht mehr zugelassen werden. Immerhin haben wir dabei zu bemerken, daß das nicht ganz neu ist und nicht so schlimm, wie es aussieht, wenn es die Drahtungen betrifft und nicht die Post.

Viel schlimmer ist, was Estland und Lettland jetzt gegen den Gebrauch der deutschen — zum Teil muß man sagen: der europäischen — Ortsnamen vorkehren. Man verfügt nämlich, daß Briefe aus dem Ausland, die in der Anschrift Orts- und Straßennamen in einer andern als der Staatssprache enthalten, als unbestellbar zurückzusenden seien. Estland ist damit vorangegangen. Nach Reval kann man nicht mehr schreiben, wenn man nicht weiß, daß auf den Umschlag Tallinn geschrieben werden muß. Lettland folgte nach und gab ein Verzeichnis von Ortsnamen bekannt, die künftig im Briefverkehr allein angewandt werden sollen. So dürfen wir, wenn der Brief ankommen soll, nicht mehr europäisch Dünaburg oder russisch Dvinsk schreiben, sondern nur noch Daugavpils, nicht mehr Mitau, sondern nur Jelgava. Ob auch Briefe nach Riga zurückkommen, wenn auf dem a der accentus gravis fehlt, weiß ich nicht; vorgeschrieben ist das Strichelchen (Moniteur du Commerce et de l'Industrie, Paris 18. 8. 1934). Wie gesagt, der Fall ist neu. Bisher galt in allen Ländern des Weltpostvereins, daß die Post das mögliche zu tun habe, um alle Briefe zu bestellen.

Der Fall ist um so bedauerlicher, als die beiden kleinen Balten-

staaten vor einigen Jahren einen Anlauf zu gerechter Behandlung der Minderheitensprachen genommen hatten. Dort, in Estland, wurde zuerst die sogenannte Kulturautonomie eingeführt, die das Schulwesen der Minderheiten einer von diesen selbst gewählten Behörde übertrug. Unsre Hoffnung war, das Beispiel werde Nachahmung finden. Jetzt ist man wieder von der Kulturautonomie abgekommen. Im benachbarten Lettland aber, wo ebenfalls Kulturautonomie als Grundsatz eingeführt war, wird zur Zeit ein harter Schlag nach dem andern gegen das deutsche Schulwesen und gegen die deutsche Sprache überhaupt geführt. Die Verwaltung des deutschen Bildungswesens ist aufgelöst worden; an ihre Stelle tritt ein lettischer Beamter; Kinder aus sprachgemischten Ehen müssen lettisch geschult werden; die Schuldirektoren werden nicht mehr von Eltern und Lehrern gewählt, sondern vom Minister ernannt; das deutsche Gymnasium in Riga muß sein Schulgebäude zugunsten einer lettischen Schule räumen („Germania", Berlin, 12., 17., 31. Juli). Sowohl in Lettland wie in Estland wird das Deutsche aus seinem Platz als erste Fremdsprache durch das Englische ersetzt, und in den lettischen Grundschulen wird Englisch als einzige Fremdsprache an Stelle der deutschen eingeführt. Diese Bestimmung hat wenigstens den Vorteil, daß aus ihr der Beweggrund der ganzen neuen Schulpolitik erkennbar ist: Haß gegen die deutsche Sprache, jedenfalls nicht Sorge um irgendwelche praktische Bedürfnisse der Jugend. Aber hier ist der Vollständigkeit wegen anzuführen: das alles hängt mit der Beunruhigung zusammen, die von dem Umschwung im deutschen Reich ausgegangen ist. Man fürchtet, die deutschsprachigen Balten könnten sich vom Nationalsozialismus anstecken lassen und den jungen, noch ungefestigten, anderseits aber an den demokratisch-parlamentarischen Einrichtungen festhaltenden Randstaaten Ungelegenheiten bereiten. Nirgends ist seit Jahren der Kommunismus, hier als russische Gefahr, schärfer und ängstlicher niedergehalten worden als in diesen am Kriegsende von ihm heimgesuchten Randstaaten; ebenso will man jetzt die andere, die deutsche Gefahr, den Nationalsozialismus im Keime ersticken. Daß man dabei unsre deutsche Sprache meint bedrücken oder ihre Ausrottung vorbereiten zu müssen, ist nicht nur bedenklich, es ist ein unkluges und unhaltbares Vorgehen. Es ist so, wie wenn wir in unsren deutschen Kantonen oder die Flamen in Flandern die Erlernung des Französischen abschaffen wollten, dessen Kenntnis durch Nachbarschaft und geschichtliche Lage unentbehrlich geworden ist. Schon

taucht denn auch die Frage nach einer gemeinsamen baltischen Verkehrssprache auf. Als solche kam bisher in Betracht Deutsch oder Russisch; wie soll es werden, wenn beides nicht mehr gelehrt und gelernt wird?

Unerfreuliche Berichte liegen vor aus dem sogenannten Memelgebiet. Es ist das jener Streifen von Ostpreußen, der im Jahr 1918 von Preußen losgerissen wurde, weil man damals Deutschland schwächen und überdies mit allen Nachbarstaaten entzweien wollte. Den Vorwand dazu gab der Umstand, daß in jenem schmalen Nordoststreifen Nordostpreußens ungefähr (nicht ganz) die Hälfte der Bevölkerung litauisch spricht. Dabei ist zu sagen, daß diese Litauer so königstreue Preußen gewesen sind wie ihre deutschsprechenden Landsleute, und daß niemals etwas wie eine Irredenta im Memelgebiet bestanden hat. Die Feinde Deutschlands haben sich denn auch wohl gehütet, eine Volksabstimmung über Abtrennung oder Nichtabtrennung von Preußen vorzunehmen; sie wußten recht gut, daß die übergroße Mehrheit für das Verbleiben bei Preußen gestimmt hätte. Vorläufig war das Ländchen von Franzosen besetzt. Da fielen im Anfang des Jahres 1923 litauische Freischaren in Memel ein. Darauf wurde das Gebiet zu Litauen geschlagen; nur mußte man sich dazu verstehen, dem Memelland innerhalb Litauens eine Sonderstellung, sogenannte Autonomie, zuzugestehen. Wie das aber in solchen geschichtlichen Lagen immer geht, das aufgepeitschte Selbstgefühl der Litauer führte zu einer zunehmenden Verschlechterung der Verhältnisse, und heute herrscht zwischen Memelland und Litauen geradezu Kriegszustand. Uns geht vor allem die Sprachenfrage an. Welche Stellung tatsächlich das Deutsche dort hat, zeigt die Zusammensetzung des gewählten Landtages der kleinen Memelrepublik: 24 deutsche und 5 litauische Abgeordnete, und die der Stadtverordneten Memels: 40 im ganzen, davon 10 Litauer; in der Landwirtschaftskammer sitzt ein Litauer neben 34 Deutschen (Rheinisch-Westfälische Zeitung 23. 9. 1934). Nun beschweren sich die Memeler beim Völkerbund über Mißachtung der ihnen verliehenen Rechte, über Entrechtungsmaßnahmen der litauischen Staatsregierung, die in Kauen (wie es deutsch heißt) oder Kowno (so sagen die Russen) oder Kaunas (so heißt es auf litauisch) sitzt, — so lange nicht die Litauer die Stadt Wilna, die sie als ihre Hauptstadt beanspruchen, von Polen zurückerhalten haben. Ihre Beschwerden betreffen auch Schulmaßnahmen zuungunsten der Deutschsprechenden,

lästige Verfügungen über die Ladenschilder, Entlassung von deutschsprechenden Beamten. Die Fragen kommen vor den Völkerbundsrat. Dieser hat noch nie viel ausgerichtet, wenn er mißhandelte Völkerschaften oder mißachtete Rechte schützen sollte. Jetzt vollends deutsche Rechte zu schirmen, sind die Zeitläufte wenig angetan. Die Memeler werden daher wohl nicht erreichen, was ihnen zukommt.

Werfen wir noch einen Blick auf den südslawischen Staat. Die Berliner „Germania" (9. 5. 1934) läßt sich aus Belgrad einen Bericht schicken über die Lage der 450 000 Seelen zählenden deutschen Katholiken jener Gegenden. Es handelt sich vornehmlich um jene geschlossenen Siedlungen, die früher der ungarischen Stephanskrone unterstanden und zwischen Kroaten und Madjaren in den unter den Namen Batschka, Banat, Schwäbische Türkei (oder Baranja) bekannten Landstrichen wohnen, wozu noch die ehemals österreichische Sprachinsel Gottschee in Krain kommt. Das genannte reichsdeutsche Blatt hebt die Eigentümlichkeit hervor, die jene Verhältnisse von denen andrer Länder trennen: während sonst die kirchlichen Behörden den Gebrauch der Muttersprache gegen den Staat verteidigen, sind es hier die kroatischen Bischöfe, die als schroffe Unterdrücker der Muttersprache auftreten, der für das kirchliche Leben der Staat Raum geben würde. Einige deutsche Gemeinden haben in bescheidener Eingabe vom Bischof von Kalocsa erbeten: deutsche Christenlehre, deutsche Beichte, Trauung, Taufe (soweit nicht Latein üblich oder vorgeschrieben ist), ein deutsches Vaterunser bei Begräbnissen; sie erhielten schroffe und drohende Absage. Der Bischof von Belgrad sei der einzige des ganzen Landes, der in seinem Sprengel für die Bedürfnisse seiner deutschen Gemeinden Entgegenkommen zeige. Besorgt ist man namentlich um die Ausbildung eines mit den deutschen Gemeinden verwurzelten Priesterstandes.

Belgien hat ein Gesetz über den Sprachgebrauch der Gerichte bekommen, das zwar die ganz strammen Flamen in der Kammer nicht befriedigt, aber doch ein Fortschritt und Erfolg zu sein scheint. Das Gesetz teilt das Land in ganz flämische und ganz welsche Gerichtsbezirke mit einsprachiger Gerichtsbarkeit und macht aus dem gemischten Mittelstück (Brüssel) ein drittes Gebiet. Das Gesetz soll auch verhindern, daß in Strafsachen ein Mensch beurteilt und verurteilt werden kann, ohne die Verhandlungen zu verstehen.

Für die kleinen deutschen Gebiete des Ostens sind einige Sonderbestimmungen getroffen. Die Wallonen und Welschbrüsseler haben in der Kammer gegen das Gesetz gestimmt; der Kampf ging in der Hauptsache um Brüssel. In Einem haben die Wallonen Grund, von einem Erfolg zu sprechen: nach dem neuen Gesetz hindert die Unkenntnis einer Landessprache keinen Richter, die höchsten Stufen der Richterlaufbahn zu ersteigen; das ist den Wallonen immer das Wichtigste: nur nicht niederländisch lernen müssen!

Ich bin mit meinem Rundgang durch Europa zu Ende. Es war keine Lust, ihn zu gehen. Es gibt gewiß Leute, die sich fragen: weshalb sich mit so etwas quälen: deutsch oder kroatisch in Sirmien, deutsch oder lettisch auf einem Briefumschlag, der nach Mitau geht, flämisch oder französisch vor einem Bezirksgericht in Brabant? Etwa um der Gerechtigkeit willen, wo doch überall, auch in deutschen Landen, gebrochenes Recht zum Himmel schreit? Gewiß, wir müßten keine Schweizer sein, um nicht immer und überall für Recht und Freiheit einzutreten. Aber wo Recht und Freiheit unserer Muttersprache in Frage steht, da schlägt unser Herz doch höher und wärmer: aus Dankbarkeit. Denn der deutschen Kulturgemeinschaft — nicht etwa der heimatlichen Mundart — danken wir das Beste, was uns an geistigen Werten gegeben ist. Als ich kürzlich einen Tag in Tübingen zubrachte und dort eine sonnige Herbststunde auf dem Friedhof weilte, in dem Ludwig Uhland, Friedrich Silcher und Ottilie Wildermuth ruhen, da mußte ich mir sagen: außer der Ruhestätte meiner unvergeßlichen Eltern gibt es auf Erden keinen Totengarten, in dem größere oder mehr Wohltäter meiner Jugend, größere und mehr Bereicherer meines innern Lebens begraben sind, als in dieser Ecke schwäbischen Ackerlandes. Was wäre ich mit 10, mit 15, mit 20 Jahren gewesen ohne das, was mir jene Dichter, Sänger und Erzähler, die Deuter der deutschen, meiner Seele geschenkt haben? Draußen auf der Straße flimmerte und ratterte es dann alsbald wieder in Farben und Tönen, die mir den Aufenthalt im gegenwärtigen Deutschen Reich schier unerträglich machen wollten. Aber was bleibt, sind nicht diese Fahnen, noch das Geschrei der unruhigen Stunde, was bleibt, sicher über tausend Jahre, das sind die Schöpfungen des deutschen Geistes, der in des Volkes Sprache wurzelt.

Eduard Blocher.